

**Sektion 3: Partizipation - Was treibt uns an?**

**Thesepapier**

Empörung, Wut oder Angst stellen in vielen Fällen den Anlass für politische Beteiligung dar. „So kann das nicht weitergehen!“ – dieses Bauchgefühl treibt viele Bürgerinnen und Bürger in ein politisches Engagement. Stärker als kognitive Einsichten motivieren neben Wut auch emotionale Stimmungen wie spontane Solidarität und Hilfsbereitschaft. Als *Ausgangspunkt* von demokratischer Beteiligung sind Affekte daher unerlässlich.

Doch die Anerkennung, die man für diese politischen Gefühle in der Öffentlichkeit erfahren kann, sei es als „Wutbürger“ oder als „Mutbürger“, hat eine Kehrseite. Denn während das Engagement in Initiativen, Vereinen oder unverbindlichen Online-Formen wächst, klagen die politischen Parteien über Nachwuchsmangel. Es ist keineswegs automatisch so, dass politische Empörung in jedem Fall den Weg in jene politischen Institutionen findet, die tatsächlich kollektiv bindende Entscheidungen herstellen oder zumindest zu ihnen beitragen können, zum Beispiel Parteien. Dies hat einen einfachen Grund: Anders als Initiativen oder Online-Petitionen gelten in politischen Parteien die Spielregeln der innerparteilichen Demokratie. Verfahren aber „kanalisieren“ nicht nur politische Emotionen – sie können sie auch ermüden. Zwischen Tagesordnungspunkten und Anträgen zur Geschäftsordnung erstickt das zarte Pflänzchen demokratischer Leidenschaft.

Problematisch ist dieser Trend, weil eine repräsentative Demokratie nur mit demokratischen Parteien funktionsfähig ist. Wenn an die Stelle behäbiger, bisweilen langweiliger, aber eben auch berechenbarer und diskursiv gemanagter Parteien neue „Bewegungen“ treten, die als präsidientell geführte Verbände mit charismatischen Führern operieren, ist die liberale Demokratie in Gefahr. Entsprechende Tendenz – die Konzentration auf den in Szene gesetzten Vorsitzenden, die Konzentration von Macht an der Spitze, der Ausschluss innerparteilicher Opposition – lässt sich in vielen Ländern, auch in Deutschland beobachten. Idealisierte Einzelpersonen dienen dann der bloßen *Spiegelung* von politischen Emotionen, wie im Falle Trumps, nicht mehr ihrer Reflexion oder Sublimation.

Was aber bedeutet dies für das Verhältnis von politischen Emotionen und politischer Partizipation? Womöglich lohnt es sich, noch einmal den Übergang von politischer Empörung zu politischen *Überzeugungen* in den Blick zu nehmen. Nur wenn es gelingt, das Feuer der politischen Leidenschaft in die Glut einer langfristigen Arbeitsbereitschaft in Institutionen zu verwandeln, bleibt das Modell einer Interessenartikulation in Parteien tragfähig.

Diese These verweist jedoch auf vorpolitisch Grundlagen demokratischer Teilhabe: Frustrationstoleranz, Resilienz, Hartnäckigkeit – all diese Kompetenzen werden in einer digitalisierten Gesellschaft nicht automatisch eingeübt, sondern eher gefährdet, weil hier die *instant gratification* die Norm und jede Lieferverzögerung eine Zumutung ist.

Die Frage nach dem Verhältnis von politischen Emotionen und Beteiligung stellt sich folglich im breiteren Horizont des gesamtgesellschaftlichen Umgangs mit Gefühlen. Wo der Verweis auf „verletzte Gefühle“ als Ersatz für Argumente akzeptiert wird, droht ein Kult der Authentizität und die Erfindung einer „gefühlten Realität“. Folglich ist nicht nur die Politik immer schon mit der Frage des Gefühlsmanagements verbunden, sondern auch eine gesellschaftliche Kultur der Gefühlsreflexion hochgradig politisch.

**Literatur:**

Heidenreich, Felix (2013): „Gefühle ins Recht setzen: Wann sind politische Emotionen (noch) demokratisch?“, in: ZPol, Bd. 23 (4/2013), S. 575-583.

Heidenreich, Felix (2015): „Politische Gefühle – Katalysator des Diskurses oder Ergebnis postdemokratischer Emotionalisierung? Die Perspektive des dynamischen Republikanismus“, in: Korte, Karl, Rudolf (Hrsg.), Emotionen und Politik: Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 49-65.